

N i e d e r s c h r i f t

**der 28. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 17.01.2008**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:35 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Hans-Jürgen Schiller	DIE LINKE.	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Michael Zeidler	SPD	
Herr Dr. Wilfried Fuchs	FDP	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dr. Christian Fiedler	SKE	bis 18:30 Uhr
Frau Marion Krischok	SKE	
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE	
Herr Thomas Wünsch	SKE	
Herr Dr. Christian Anton	SKE	
Herr Andreas Nowotny	SKE	bis 19:10 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	vertreten durch Hanna Haupt
Herr Heinz Maluch	GRAUE	vertreten durch Dr. Fuchs
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	
Herr Hubert Leuschner	SKE	

Verwaltung:

Herr Eberhard Doege
Frau Gudrun Beitz
Frau Uta Balleyer
Herr Dr. Ernst Müllers
Frau Rita Lachky
Herr Wolfgang Hans

Gäste:

Herr Prof. Dr. Ehrlich - Landesamt für Umweltschutz – zu TOP 9.1 und 9.2
Herr Dipl.-Ing. Stapelfeldt – Stapelfeldt Ingenieurgesellschaft – zu TOP 9.1 und 9.2
Herr Möbius - FB 61, Ressortleiter Verkehrsplanung – zu TOP 9.1 und 9.2.
Herr List - FB 31, Teamkoordinator Untere Immissionsschutzbehörde – zu TOP 9.1 und 9.2
Frau Jacobi - FB 31, Sachbearbeiterin Untere Immissionsschutzbehörde – zu TOP 9.1 und 9.2
Herr Hegner - FB 31, Sachbearbeiter Lärmschutz – zu TOP 09.1 und 9.2
Herr Schuster - FB 31, Teamkoordinator Umweltkontrolle

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 22.11.2007
4. Vorlagen
5. Anträge
6. Anfragen
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Informationen
- 9.1. Vorstellung der Ergebnisse der Grundsatzuntersuchungen zu Umweltzonen in Halle (Saale) und neue Messergebnisse der Luftbelastung in Halle (Saale)
- 9.2. Vorstellung der Arbeitsergebnisse der strategischen Lärmkartierung der Stadt Halle (Saale)
- 9.3. Bürgerbefragung 2007 im Fachbereich Bürgerservice
10. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Vorsitzende des Ausschusses, **Herr Wehrich**, eröffnete die Sitzung, wünschte allen Anwesenden ein gesundes neues Jahr, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Nachfolgende Tagesordnung wurde einstimmig angenommen mit dem Hinweis, die Reihenfolge der Tagesordnung insofern zu verändern, dass die Behandlung der Punkte 9.1 und 9.2 vorgezogen wird.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 22.11.2007
4. Vorlagen
5. Anträge
6. Anfragen
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Informationen
- 9.1. Vorstellung der Ergebnisse der Grundsatzuntersuchungen zu Umweltzonen in Halle (Saale) und neue Messergebnisse der Luftbelastung in Halle (Saale)
- 9.2. Vorstellung der Arbeitsergebnisse der strategischen Lärmkartierung der Stadt Halle (Saale)
- 9.3. Bürgerbefragung 2007 im Fachbereich Bürgerservice
10. Mitteilungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 22.11.2007

Protokoll:

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

zu 4 Vorlagen

Protokoll:

Es gab keine Vorlagen.

zu 5 Anträge

Protokoll:

Anträge lagen nicht vor.

zu 6 Anfragen

Protokoll:

Zur Anfrage von **Herrn Dr. Yousif** zum Stand der Durchsetzung der neuen Arbeitszeitrichtlinie der Feuerwehr und der evtl. damit im Zusammenhang stehenden zusätzlichen Kosten informierte **Herr Hans** über die abgeschlossene Dienstvereinbarung, die den Belangen der Feuerwehrbediensteten entspreche. Im Monat April werde im Ausschuss das überarbeitete Fachkonzept des FB 37 vorgestellt, in dem u. a. auch finanzielle Aussagen getroffen werden, so **Herr Doege**.

Frau Krischok ist verwundert darüber, dass in der Rudolf-Breitscheid-Str. Einsätze durch Politessen nach ca. 5 ½ Jahren wieder durchgeführt wurden und wollte wissen, warum dies geschah. Des Weiteren fragte sie nach dem Grund der Demontage eines Verkehrsschildes (Parken in der Rud.-Breitscheid-Str. auf dem Fußweg quer zur Straße).

Herr Doege und Herr Dr. Müllers teilten mit, dass ihnen eine solche Aktion nicht bekannt sei. Allerdings werden die Feuerwehr- und Rettungswegzufahrten regelmäßig kontrolliert. Was das Verkehrsschild betreffe, nimmt **Herr Dr. Müllers** zuständigkeitshalber Kontakt mit der Unteren Verkehrsbehörde auf und wird Frau Krischok über den Sachstand informieren.

Frau Schlüter-Gerboth sprach zwei Themen an:

- Die auf den Weinbergwiesen seinerzeit installierte Hundetoilette sei verschwunden. Das Areal werde sehr viel mit Hunden begangen. Eine Hundetoilette sei daher nötig.

- In den Franckeschen Stiftungen wurde eine der beiden alten schwarzen Maulbeerbäume gefällt. Sie bat um Prüfung, ob es möglich sei, den letzten schwarzen Maulbeerbaum unter Schutz zu stellen.

Herr Wehrich fragte nach dem Sachstand zur Papiermühle. Nach wie vor würde große Unzufriedenheit herrschen, da sich die Kinder in der Papiermühle aufhalten würden und die Eltern daher sehr beunruhigt seien. Er wollte wissen, ob Möglichkeiten gesehen werden, den Schutz zu verbessern. Es sei auch eine Prüfung hinsichtlich der Sicherheit (Einsturzgefährdung) vorzunehmen.

zu 7 Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 8 Anregungen

Protokoll:

Auf die Anregung von **Herrn Misch** eingehend, das der Gefahrenabwehrverordnung als Anlage beigefügte Merkblatt „ruhestörender Lärm“ im Amtsblatt zu veröffentlichen, informierte **Herr Doege**, dass im Amtsblatt eine Kommentierung zur Gefahrenabwehrverordnung erfolge und hierbei das genannte Merkblatt Berücksichtigung finde. (Anmerkung: Eine Veröffentlichung des Merkblattes im Amtsblatt erfolgt.)

zu 9 Informationen

zu 9.1 Vorstellung der Ergebnisse der Grundsatzuntersuchungen zu Umweltzonen in Halle (Saale) und neue Messergebnisse der Luftbelastung in Halle (Saale)

Protokoll:

Zum Rederecht der Gäste gab es keine Einwände.

Herr Doege verwies auf die im Ausschuss zur Tradition gewordene Information zur Luftbelastung durch Feinstaub. Das Landesamt für Umweltschutz habe in unregelmäßigen Abständen zur Thematik berichtet und werde heute in Auswertung bisheriger Messuntersuchungen Ergebnisse vorstellen und Schlussfolgerungen ableiten.

Herr Prof. Dr. Ehrlich, Leiter des Fachbereichs Immissionsschutz/Klimaschutz im Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt, stellte die Ergebnisse aus dem Projekt „Durchführung von Grundsatzuntersuchungen zur Einrichtung von Umweltzonen in Ballungsräumen Sachsen-Anhalts“ sowie über neue Messergebnisse der Luftbelastung in Halle (Saale) vor.

Der Ausschuss verständigte sich darüber, dass die Beamerpräsentation den Fraktionsgeschäftsstellen per E-Mail zugeleitet wird (Dies geschah am 21.01.08).

Frau Wolff stellte mehrere Fragen:

1. Wann werden die Umweltdaten konsequent angewandt? Haben sie Konsequenz für die Feuerwehrautos und den Fuhrpark der Stadtverwaltung? Wie werde damit umgegangen?

2. Was mache der Kauf von roten Plaketten für Sinn, wenn die Fahrzeuge sowieso nicht zugelassen werden?

3. Welche Vergleichszahlen gibt es mit Magdeburg?

Herr Prof. Dr. Ehrlich sagte u. a., dass es sich um eine bundesweite Verordnung handele. Es gebe bestimmte Ausnahmen für den Einsatz lebenswichtiger Fahrzeuge. Allerdings solle Druck ausgeübt werden, dass die Umsetzung schneller erfolge. Die Stadtverwaltung habe viele Fahrzeuge, die nicht so gut seien. Diese müssten außerhalb der Umweltzonen eingesetzt werden. Was den Kauf von Plaketten betreffe, so müsse jeder Fahrzeughalter dies für sich selbst entscheiden. Die Vorgehensweise sei in den Städten nicht überall gleich. Aber die Verordnung über die Plaketten sei bundeseinheitlich. Vergleichszahlen über Magdeburg können noch nicht vermittelt werden, da die Untersuchung noch nicht abgeschlossen sei.

Herr Doege ergänzte, dass es sich um eine erste Untersuchung handele und eine Gesamtauswertung noch nicht vorliege. Wenn dies vorliege, werde sich die Verwaltung mit den verschiedenen Behörden zusammensetzen, um Festlegungen zu treffen. Bestimmte Qualitätsziele müsse man selbstverständlich erreichen. Zur Einrichtung von Umweltzonen gebe es logischerweise noch keine Entscheidung. Ob die Einrichtung von Umweltzonen überhaupt einem Ratsvotum unterliege, müsse rechtlich noch geprüft werden. In jedem Falle wäre der Ausschuss immer zu beteiligen. Im Umweltausschuss des Deutschen Städtetages wurde darüber informiert, dass Probeläufe stattfanden, z. B. in Berlin. Der Deutsche Städtetag vertrete die Auffassung, dass man an die Quelle gehen müsse. Die Kommunen seien überfordert. Es seien großräumige Lösungen zu schaffen. Letztendlich sei die Autoindustrie gefragt.

Herr Kupke konstatierte, dass die Messergebnisse sich auf verkehrsreiche Punkte der Stadt beziehen und wollte wissen, ob es auch Vergleiche bei nicht so verkehrsreichen Gegenden gebe.

Herr Prof. Dr. Ehrlich antwortete, dass es Messergebnisse gebe aus Halle-Ost, Halle-Nord. Hier sei die höchste Verkehrsbelastung. Alle anderen Gebiete liegen eindeutig darunter.

Herr Dr. Fuchs wollte wissen, ob es bei den 17 Überschreitungen Vergleiche gebe z. B. bei Wind, bei Betrachtung der Wittersituation. Ferner fragte er nach der Zusammensetzung des Status bei Überschreitungen, Messungen in Bereichen der Stadt mit riesigem Baumbestand, Daten außerhalb der Industrie, die Höhe der Belastung in reinen Wohngebieten.

Herr Prof. Dr. Ehrlich erwähnte u. a., dass es eine Messstation im Paulusviertel gebe. In Gebieten mit viel Baumbewuchs gebe es keine Gefährdung. Insgesamt seien die Stickoxide ein Problem.

Gemessen werde rund um die Uhr und nicht nur punktuell. Es gebe Tages- und Stundenwerte. Damit seien die Witterungssituationen erfasst. Unterschiedliche Witterungseinflüsse spiegeln sich auch in den Daten wider. Was die Zusammensetzung des Staubes betreffe, erfolgen auch Untersuchungen. Hier gebe es verschiedene Inhaltsstoffe.

Mehrheitlich wurde zugestimmt, dass auch Zuschauer zu Wort kommen können.

Herr Kenneder fragte nach der Wirksamkeit der Einführung der Tempo-30-Zone in der Merseburger Str. und wollte wissen, ob eine Senkung des PM 10-Gehaltes eingetreten sei.

Herr Prof. Dr. Ehrlich antwortete, dass der Einfluss deshalb nicht nachgewiesen werden könne, weil Tempo 30 nicht eingehalten wurde. Die Staubaufwirbelung bei höherer Geschwindigkeit sei selbstverständlich größer.

Herr List informierte, dass die Schilder von September bis April aufgeklappt werden müssen.

Herr Misch wollte wissen, wie viel Feinstaub durch das Abbremsen von Fahrzeugen entstehe.

Herr Prof. Dr. Ehrlich teilte mit, je stetiger der Verkehr fließe, umso günstiger sei die Entwicklung. Sicherlich seien geringfügige Verbesserungsmöglichkeiten auf dem Gebiet des Verkehrsmanagement möglich.

Herr Wehrich bat um Informationen zur weiteren Vorgehensweise.

Herr Prof. Dr. Ehrlich erwähnte, dass ein Abschlussbericht vorbereitet und der Verwaltung dann vorgestellt und mit ihr besprochen werde.

zu 9.2 Vorstellung der Arbeitsergebnisse der strategischen Lärmkartierung der Stadt Halle (Saale)

Protokoll:

Herr Doege informierte, dass gemäß EU-Richtlinie eine Lärmkartierung vorzunehmen sei. Für die Stadt Halle sei Mitte der neunziger Jahre ein Schallimmissionsplan erstellt worden. Da nun andere Berechnungsgrundlagen aufgestellt wurden, sei eine entsprechende Lärmkartierung aufzubereiten. In der heutigen Sitzung werde eine erste Vorstellung durch das Ingenieurbüro erfolgen.

Herr Dipl.-Ing. Stapelfeldt, Stapelfeldt Ingenieurgesellschaft mbH, informierte anhand einer Beamerpräsentation über den Stand der Lärmkartierung der Stadt Halle für den Straßenverkehrslärm nach EU-Umgebungslärmrichtlinie.

Gemäß Festlegung des Ausschusses erhalten die Fraktionsgeschäftsstellen die Präsentation per E-Mail (Dies erfolgte am 22.01.08.).

Herr Misch ist der Meinung, dass man als Laie nur ungefähr erahnen könne, wie viel Wissenschaft dahinter stecke, um das zu erfassen und zusammen zu führen. Er stellte die Frage, ob die bisherigen Arbeiten sinnvoll seien. Am Beispiel der Diskussion zur Osttangente fragte er, ob es vielleicht darum gehe, vor dem Bürger Ruhe zu haben?

Herr Wehrich antwortete, dass die Problematik Osttangente ein Sonderfall gewesen sei und mit der heutigen Thematik nichts zu tun habe.

Herr Stapelfeldt teilte mit, dass es viele Untersuchungen gebe. Wenn z. B. der Zug auf der Dortmunder Eisenbahnlinie an einer Schule vorbeifährt, schweigt der Lehrer wegen des Lärms. Wie soll darauf reagiert werden? Dies sei sehr wohl eine volkswirtschaftliche Frage. Eine Stadt muss handeln, wenn durch städtische Maßnahmen sich die Situation der Bürger verschlechtert. Dabei müsse allerdings auch der Bestandsschutz beachtet werden.

Herr Dr. Rürup sprach u. a. an, dass im Vortrag bewusst der Begriff „Bewertung“ vermieden und von der Wichtung gesprochen wurde.

Herr Stapelfeldt antwortete, dass es zunächst um die Einteilung in Kategorien gehe, die noch nicht gewichtet werden.

Herr Zeidler meinte, dass die Ergebnisse gezeigt hätten, dass Handlungsbedarf bestehe. Er wollte wissen, ob ein Aktionsplan erarbeitet und der Gutachter mit einbezogen werde.

Herr Doege antwortete, dass aller fünf Jahre die Aktualisierung der Kartierung erfolge. Im Intranet sei dies im Umweltatlas einsehbar. Das beauftragte Büro arbeitet an der Erstellung des Aktionsplanes, der zunächst mit der Verwaltung beraten werde. Im Ausschuss werden im zweiten Halbjahr bestimmte Zwischenergebnisse vorgestellt.

Zur Frage von **Frau Schlüter-Gerboth** wann ein endgültiger Überblick vorgestellt werden könne, der auch die Problematik des Bauverkehrs mit berücksichtige, teilte **Herr Stapelfeldt** mit, dass die Aufforderung der EU bestehe, alle Lärmarten zu betrachten. So sind sowohl die Schienennetze der Deutschen Bahn AG als auch der Straßenbahnverkehr und die Industrie wichtige Aspekte.

Herr List ergänzte, dass es laut EU-Recht eine Zeitschiene zur Erarbeitung der Lärmkartierung gebe. Demgemäß müssen Ballungsräume mit über 100.000 Einwohnern bis 2012 die Lärmkartierung abgearbeitet haben.

Herr Kenneder fragte u. a. nach dem Einfluss der S-Bahn und der Bahnstrecke nach Halberstadt an der Dessauer Brücke. Wenn die Bahn aus dem Tunnel käme, entstünde ein sehr lauter Lärmpegel. Er schlägt die Durchführung von Kontrollmessungen und Festlegung von Maßnahmen im Aktionsplan vor.

Herr Stapelfeldt antwortete, dass besondere Effekte bei Tunnelmundöffnungen nirgendwo abgebildet seien.

zu 9.3 Bürgerbefragung 2007 im Fachbereich Bürgerservice

Protokoll:

Frau Lachky informierte, dass im FB 33 regelmäßig Bürgerbefragungen durchgeführt werden und ging auf die Informationsvorlage ein. Sie berichtete über die Befragungsergebnisse, die sich auf nachfolgende Themen bezogen:

- Art und Weise der Kontaktaufnahme zum FB 33
- Beschilderung
- telefonische Erreichbarkeit
- angebotene Öffnungszeiten
- Internat-Serviceangebote

Frau Schlüter-Gerboth teilte mit, dass die Bußgeldstelle schwer zu finden sei und daher die Ausschilderung verbessert werden müsse. (Anmerkung: Frau Ressortleiterin Schäfer hat mit Frau Schlüter-Gerboth Rücksprache genommen. Eine schriftliche Antwort erübrigt sich.)

Frau Wolff sprach sich lobend dafür aus, dass die Altersgruppen näher betrachtet wurden. Ihr sei aufgefallen, dass das Verhältnis der positiven Reaktionen zu keinen gemachten Angaben fast 50 % sei.

Frau Lachky antwortete, dass die Mitarbeiter ihres Fachbereiches die Befragung durchführten. Manche Fragen seien in einer relativ hohen Quote nicht beantwortet worden.

Dies betreffe vor allem den Personenkreis, die mit dem Umgang des Internets wenig vertraut seien. Bei dieser Befragung sei gegenüber den Vorjahren die Befragungszeit etwas erweitert worden.

Herr Dr. Yousif wollte wissen, warum das Ergebnis der Befragung nach der Beschilderung der Vorwegweiser/Zimmer im Standesamt so schlecht ausgefallen sei?

Frau Lachky informierte, dass die Beschilderung innerhalb des Objektes Ratshof gut sei. Was das Standesamt betreffe, sei es so, dass an den Türen jeweils ein Schild angebracht sei mit dem Hinweis "Lieber Bürger, nehmen Sie bitte draußen Platz. Sie werden herein gebeten." Dies werde kritisiert.

zu 10 **Mitteilungen**

Protokoll:

Dem Vorschlag von **Herrn Doege**, am 14. 02. 08 keine Ausschusssitzung durchzuführen, da nur ausschließlich mündliche Informationen behandelt worden wären, stimmten die Ausschussmitglieder zu. Er kündigte an, dass die Sitzung am 13.03.08 aufgrund des voraussichtlichen Beratungsumfanges längere Zeit in Anspruch nehmen werde

Für die Richtigkeit:

Datum: 22.04.08

Dietmar Wehrich
Ausschussvorsitzender

Eberhard Doege
Beigeordneter

Gudrun Beitz
Protokollantin